

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: 77. Jannowitz 8909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 221 B

BERLIN • Dienstag, den 20. September 1932

1. JAHRGANG

## Reinfall Papen-Schleichers.

S. H. Kurz nach einander haben in diesen Tagen die deutsche, die französische und die englische Regierung offiziell zum gegenwärtigen Stand der Rüstungsaussprache Stellung genommen.

### Deutschlands Absage an Henderson.

Die deutsche Regierung hat es getan durch ihren Absagebrief an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, den wir in der vorigen Nummer veröffentlicht haben. Diese Absage ist ein konsequenter Schritt im Rahmen der Politik, die von der deutschen Delegation in Genf beim Abschluß der ersten Sitzungsperiode angekündigt und seitdem von Schleicher, Papen und Neurath verfolgt worden ist. Das heißt, ihre angebliche rechtliche Begründung ist genau so schief und haltlos wie die dieser ganzen Politik.

die zugunsten des Scheinrechts auf Gleichheit der nationalen Rüstungen die Sicherung des Rechts, der sich die Völker heute nur durch den Abbau der nationalen Rüstungen nähern können, aufs Spiel setzt.

Die Tatsache,

daß am 1. Oktober mit dem Bau des Panzerkreuzers C begonnen werden soll, zeigt, wie wenig versessen die deutsche Regierung auf Abrüstung ist.

### Herriot vor dem auswärtigen Ausschuß.

Im französischen Auswärtigen Ausschuß hat am Sonntag nachmittag Herriot den Abgeordneten über den Stand der Wehrfrage Rede und Antwort gestanden. Die amtliche Mitteilung über diese Aussprache ist außerordentlich knapp und geht auf den Inhalt der Herriotschen Ausführungen nicht ein; die Meldungen, die im übrigen durchgesickert sind, sind nicht einheitlich. Ihnen gegenüber ist daher Vorsicht geboten.

Das gilt insbesondere für die Meldung, Herriot habe den deutschen Gleichberechtigungsforderungen gegenüber eine entschieden ablehnende Stellung eingenommen und betont, daß er auf die deutschen Vorschläge stets ohne Umschweife mit Formeln geantwortet habe, die sich in den Worten zusammenfassen ließen: „Nein! Niemals! Nichts! Unmöglich!“ „Ich bin der Mann des Lausanner Paktes und des Versaillers Vertrages“, soll Herriot im Anschluß an diese Ablehnung gesagt haben, „und nicht ein Mann, der sich auf Sonderverhandlungen einlassen würde.“ In diesem Zusammenhang wies Herriot auch den englischen Vorschlag, neben der Abrüstungskonferenz Sonderbesprechungen zwischen Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens über die deutschen Gleichberechtigungsforderungen aufzunehmen, entschieden zurück.

Die schroffe Ablehnung aller deutschen Gleichberechtigungsforderungen und Vorschläge, wie sie Herriot in diesen Mitteilungen in den Mund gelegt wird, würde zu dem Text der französischen Antwortnote in offenem Widerspruch stehen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß Herriot seine Stellungnahme in dieser Weise verschärft hat, zumal er ebenfalls am Sonntag dem deutschen Botschafter, von Hoersch, unter Berufung auf die französische Antwortnote, versichert hat,

daß Frankreich die Türe zu weiteren Verhandlungen keineswegs zugeschlagen habe, sondern bereit sei, mit Deutschland „an geeigneter Stelle und in geeigneter Form“ zu verhandeln.

Herriots Äußerungen vor dem Ausschuß der Kammer werden dagegen auch im Rahmen seiner sonstigen Politik sofort verständlich, wenn man annimmt, daß sich seine Zurückweisung nur auf den

deutschen Anspruch bezogen habe, die Gleichberechtigungsforderung, unabhängig vom Völkerbund und der Abrüstungskonferenz, in diplomatischen Verhandlungen allein mit Frankreich anzuschneiden.

So verstanden laufen Herriots Worte darauf hinaus, daß er bei aller Entschiedenheit im Ton auch jetzt noch den deutschen Aufrüstungsplänen gegenüber mit der Entscheidung zurückhält und sich damit

um die praktische Stellungnahme zu der Gefahr des Wettrüstens, die durch die deutsche Wehrpolitik heraufbeschworen wird, herumdrückt.

Daß eine solche Stellungnahme für ihn Unbequemlichkeiten nach sich ziehen würde, indem sie ihn, wenn er nicht offen das Wettüsten im Verein mit Deutschland billigt, entweder in den Geruch eines Diktators Deutschland gegenüber oder

in Konflikt mit der französischen Rüstungsindustrie bringt, haben wir schon mehrfach dargestellt. Es ändert nichts daran, daß eine Politik, die den Anspruch erhebt, dem Frieden und der Sicherheit zu dienen, hier um die Aufgabe einer deutlichen Stellungnahme nicht herumkommt.

Auf die Frage eines Ausschußmitglieds, was es mit den in dieser Zeit vielerwähnten Dokumenten über deutsche Geheimrüstungen auf sich habe, von denen Herriot angeblich eine Schreibtischschublade voll besitze, hat der Ministerpräsident geantwortet, daß es in der Tat solche Schriftstücke gebe, daß einige von ihnen belastend seien, daß er sie ge-

bewahrt, und die törichten Vorstellungen von einer „Isolierung Frankreichs“, die in der deutschen Presse — wie immer bei derartigen Gelegenheiten — umgingen, wieder einmal als völlig haltlos erwiesen. Ja, die Rückendeckung, die Herriot hier erhält, ist so sicher aufgebaut, daß die Vermutung naheliegt, die englische Zurückhaltung bei der Ausarbeitung der französischen Antwortnote sei kein Ausweichen vor den französischen Schwierigkeiten gewesen, sondern habe England nur die Freiheit sichern sollen, als unparteilicher Beobachter die Dinge zu sagen, die offen zu vertreten Herriot Hemmungen verspürte.

## Zwei Jahre Mordsturm 33. Zum neuen Totschlagsprozeß gegen Antifaschisten.

Am 29. August wurde vor einem Lokal des Sturms 33 in der Röntgenstraße in Charlottenburg der SA-Mann Gatschke, Mitglied dieses Sturms, erschossen. Am heutigen Dienstag wird deswegen neun Charlottenburger Arbeitern (Antifaschisten) vom Berliner Sondergericht der Prozeß gemacht.

Wie die „Rote Hilfe“ mitteilt, waren sämtliche Angeklagte mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß ausschließlich von Seiten der NS geschossen worden sei, und zwar ohne jede Veranlassung. Wir haben einige Einzelheiten des Falles bereits mitgeteilt, die ebenfalls hierfür sprechen. Wir behalten uns vor, auf eine Darstellung des Falles zurückzukommen, wenn die Beweisaufnahme vom Dienstag vorliegt.

Heute veröffentlichen wir einige gerichtsnotorische Tatsachen, die der Verteidiger der Charlottenburger Angeklagten, Litten, mitteilt, und die ein Licht auf diejenigen werfen, die am Dienstag auf der Zeugenbank sitzen.

1. Am 22. November 1930 drangen 20 Mitglieder des Sturms 33 in den Edenpalast in Charlottenburg ein und schossen in das Lokal, in dem ein Arbeiter-Tanzvergnügen abgehalten wurde. Ein Arbeiter wurde lebensgefährlich, zwei andere weniger schwer verletzt. Von den 20 Tätern wurden 4 Täter gefaßt. Sie wurden vor Gericht gestellt. Einer wurde freigesprochen, die drei anderen erhielten wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung je 2½ Jahre Gefängnis. Für die Planmäßigkeit des Überfalles spricht die Bekundung zahlreicher Zeugen. Sie sagten aus, daß ein Nationalsozialist schon am Vormittag des Tages, an dem der Überfall stattfand, gedroht hatte: „Heute abend wird im Edenpalast abgerechnet.“

2. In der Sylvesternacht 1930/31 wurden unter Führung des Sturmführers Hahn von dem genannten Sturm die Brüder Erich und Robert Riemenschneider überfallen und schwer verletzt. Beide erhielten drei schwere Stichverletzungen. Bei Robert Riemenschneider blieb als Folge der Verletzungen eine dauernde Lähmung zurück. Sechs Mitglieder des Sturms 33 wurden unter Anklage gestellt. Der Sturmführer Hahn flüchtete, weil er aus der Haft entlassen wurde. Von den Angeklagten wurde einer freigesprochen, einer erhielt vier Jahre Gefängnis wegen versuchten Totschlages, die drei anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren.

3. In der Nacht vom 28./29. Januar wurde der Arbeiter Max Schirmer von einem Trupp des Sturms 33 überfallen und erhielt einen

tödlichen Messerstich

in den Rücken. Sechs Mitglieder des Trupps wurden angeklagt.

ebenenfalls etwa für eine internationale Untersuchung — hervorholen wolle und daß er England gegenüber schon von ihnen Gebrauch gemacht habe.

### Die englische Regierung bricht ihr Schweigen.

Überraschender als diese Äußerungen der deutschen und der französischen Regierung, die über deren Politik nichts Neues verraten, ist die englische Note, die auf einer anderen Stelle des Blattes ausführlich wiedergeben.

Die englische Regierung ist aus der Zurückhaltung hervorgetreten, und zwar im Sinne Frankreichs, weit schärfer und deutlicher, als Herriot bisher gesprochen hat.

Weder die englische, noch die französische, noch die deutsche Presse waren auf diesen Ton gefaßt. Die „Entente cordiale“, die unter dem Ansturm der Anforderungen zusammenzubereiten schien, die der bedrängte Herriot seinen weniger belasteten Verbündeten stellte, hat sich von neuem

der Staatsanwaltschaftsrat Stönig beantragte je 2 Jahre Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung. Im Anschluß an diese Anträge fiel im Sturmlokal 33 die Äußerung, für zwei Jahre Gefängnis lohne es sich schon, ein Kommunistenschwein abzustechen.

Rechtsanwalt Litten, der als Nebenkläger zugelassen war, beantragte höhere Strafen, so daß der Haupttäter zu 3 Jahren Gefängnis wegen Totschlages verurteilt wurde. Von den übrigen Angeklagten wurde einer freigesprochen, die anderen erhielten wegen gefährlicher Körperverletzung, Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren.

4. In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1931 lauerte ein Trupp des Sturms 33 unter Führung des Sturmführers Hahn dem Arbeiter Otto Grüneberg auf, der genaue Kenntnisse der Bewaffnungsverhältnisse im Sturm 33 hatte und wegen seiner evtl. Aussagen vor Gericht in den zahlreichen Prozessen gegen den erwähnten Sturm geführt wurde. Der Plan zur Ermordung des Grüneberg war in allen Einzelheiten festgelegt. Grüneberg wurde erschossen. Wie bereits erwähnt, entzog sich der Sturmführer Hahn seiner Aburteilung durch die Flucht. Der Angeklagte Foyer erhielt 5 Jahre 4 Monate Zuchthaus. Ein weiterer Angeklagter, der bei diesem Überfall den Arbeiter Liers durch einen Armschuß verletzt hatte, erhielt 2 Jahre Zuchthaus, und ein dritter Angeklagter, der sich an dem Angriff auf den Arbeiter Erich Riemenschneider beteiligt hatte, (Riemenschneider erhielt einen Stich in den Unterleib), wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

5. Am 9. Dezember 1931 wurde auf Grund der Notverordnung des Reichskanzlers Brüning der sogenannte Weihnachtsburgfrieden eröffnet. An demselben Tage eröffnete der Sturm 33 am Abend ein Feuer gegen eine Anzahl Arbeiter. Bei diesem Feuerüberfall wurde der Arbeiter Walter Lange erschossen, zwei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt. Von den Teilnehmern des Überfalles wurden fünf verhaftet. Drei von ihnen wurde durch zahlreiche Zeugnisaussagen nachgewiesen, daß sie geschossen hatten. Insbesondere wurde dem Hauptbeschuldigten Doh nachgewiesen, daß er sich im Besitz eines Revolvers befunden hatte, der ihm abgenommen wurde.

Der Sturmführer Maikowski, der Nachfolger von Hahn, teilte dem Gericht schriftlich mit, daß er sämtliche Schüsse abgegeben habe, sich aber dem Gericht stellen werde. Das Verfahren gegen Maikowski wurde eingestellt.

Doh erhielt 5 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten, die vier anderen Angeklagten erhielten je einen Monat Gefängnis für die Teilnahme an einem unerlaubten Aufzug.

Aber mag nun hinter dieser englischen Note stecken, was will,

begrüßenswert ist auf alle Fälle, daß hier die Anforderung der Sicherung des Friedens auf dem Weg der Abrüstung als der entscheidende Gesichtspunkt für die Beurteilung der deutschen Pläne in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt wird.

— Eine Tatsache, die noch nicht dadurch entwertet wird, allerdings auch nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Sache der Abrüstung in den Händen Mac Donalds und Hendersons keineswegs gut aufgehoben ist. Die Sabotage, die England und Frankreich gemeinsam dem Koopver-Plan gegenüber verübt haben, die vorsichtige Formulierung, die die englische Note annimmt, wo es sich um die künftigen Abrüstungsverpflichtungen der Siegerstaaten handelt, zeigen hinreichend, daß die englische Regierung die Abrüstung mehr bei anderen als gerade bei der eigenen Wehrmacht schätzt.

# England bricht sein Schweigen.

Die englische Regierung hat mit der folgenden — etwas gekürzten — Erklärung zur deutsch-französischen Rüstungsdiskussion Stellung genommen.

„1. Der Notenaustausch, der letzters zwischen der deutschen und französischen Regierung in der Frage der Gleichberechtigung (equality of status) in Sachen der Abrüstungskonferenz stattgefunden hat und die von dem deutschen Vertreter in Genf gemachte Erklärung, daß seine Regierung die sofortige Behandlung dieser Frage als notwendig ansieht, wenn sie weiterhin an der Arbeit der Abrüstungskonferenz teilnehmen soll, berührt Fragen von der größten Wichtigkeit für den zukünftigen Fortschritt der Konferenz und tatsächlich auch für die Zukunft der Abrüstung selbst. Die englische Regierung und das ganze englische Volk sind sehr stark daran interessiert,

dem Erfolg der Konferenz Vorschub zu leisten, und sind der Ansicht, daß ein internationales Abkommen für die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen (an dem natürlich Deutschland beteiligt sein muß) nicht nur die Aufgabenlast, die die wirtschaftliche Wiederherholung aufhält, erleichtern, sondern auch ein sofortiger und fester Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Förderung der guten Gefühle zwischen Nachbarstaaten sein würde. . . .

2. Die englische Regierung sieht sich eingangs zu der Erklärung gezwungen, daß nach ihrer Ansicht das Aufwerfen eines politischen Streitfalls von dieser Größe in diesem Augenblick unklug ist, wo es notwendig ist, die Aufmerksamkeit und Energie nicht von den Bemühungen abzulenken, die zur Wiederherstellung der produktiven und wirtschaftlichen Wohlfahrt der Welt gemacht und dringend benötigt werden. . . . Deutschland hat unter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression und der großen Arbeitslosigkeit gelitten und leidet noch darunter. Die anderen Unterzeichner des Versailler Vertrages haben dieses anerkannt und haben sich infolgedessen bereit gezeigt, ihre finanziellen Ansprüche gegen Deutschland zu mildern und sie tatsächlich grundlegend abzuändern. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands muß die Eröffnung einer scharfen Auseinandersetzung auf politischem Gebiete in diesem Augenblick als „nicht weise“ und im Hinblick auf die letzten Deutschland von seinen Gläubigern gewährten Zugeständnisse als besonders ungelogen angesehen werden. . . .

3. . . . Die englische Regierung kann eine Mißachtung von Vertragsverpflichtungen weder begünstigen noch ermutigen. Obwohl sie aus der deutschen Denkschrift nicht herausliest, daß diese eine gegenteilige Ansicht ausdrückt, so wünscht sie sich doch der folgenden Auffassung anzuschließen:

Es könnte nicht als richtige rechtliche Auslegung des Versailler Vertrages und des mit ihm verknüpften Schriftwechsels die Meinung aufrechterhalten werden, daß Deutschland durch irgend eine abschließende Abrüstungsvereinbarung oder aber auch durch ein Nichtzustandekommen einer Abrüstungsvereinbarung auf Aufhebung des Teiles V des Versailler Vertrages rechtlichen Anspruch hat.

Wenn man sich die Präambel des Teiles V ansieht, so wird man sehen, daß die alliierten Mächte den darin enthaltenen Gegenstand oder den angedeuteten Grund im Sinne hatten, als sie diese Beschränkungen der deutschen Rüstungen forderten. Der Gegenstand oder der Grund war, „einen Beginn der allgemeinen Begrenzung der Rüstungen aller Nationen möglich zu machen“. Zu erklären, was der Gegenstand oder das Ziel einer Bestimmung ist, ist etwas ganz anderes, als wenn man die erfolgreiche Erfüllung dieses Gegenstandes zur Bedingung der Bestimmung macht. Noch weniger ist es möglich, aus dem Verträge als eine Sache der rechtlichen Auslegung abzuleiten, daß die Art, in der der Gegenstand — nämlich die allgemeine Begrenzung der Abrüstung — erfüllt werden soll, genau dieselbe sein müßte, wie Deutschlands Rüstungen durch den Teil V des Versailler Vertrages begrenzt wurden. Denn die einzige Andeutung in dem Verträge über die Art, wie die allgemeine Abrüstung herbeigeführt werden soll, findet sich in den sehr allgemeinen Worten des Artikels 8 des Völkerbundsstatuts. Die richtige Lage gemäß Versailler Vertrag ist also, daß Teil V des Versailler Vertrages noch verbindlich ist und daß seine Verbindlichkeit erst auf Grund einer Vereinbarung aufhören kann.“

4. Die englische Regierung bestätigt die „Tatsache, daß die im Versailler Vertrag enthaltene Begrenzung der deutschen Rüstungen als ein Vorläufer für die allgemeine Rüstungsbegrenzung durch andere beabsichtigt und angekündigt war“. Sie weist darauf hin, daß England seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages stark abgerüstet habe und daß es in Genf für weitere Abrüstung und damit für eine „größere Angleichung“ eintrete.

5. Die englische Regierung hat die Hoffnung, daß sich aus Genf trotz der Schwierigkeiten, auf die man gestoßen ist und die bei einem Versuch zu einem die Welt umfassenden Abkommen zu gelangen unausbleiblich sind, ein wirklich wertvolles Maß der Abrüstung ergeben wird,

wobei sich jede Nation selbst zu einer strengen Begrenzung sowohl hinsichtlich der Art wie auch der Menge seiner Kriegswaffen verpflichtet.

Ein derartiges Ergebnis kann nur dann erzielt werden, wenn man auf die Bedürfnisse und die Gefühle aller 64 betroffenen Staaten entsprechend Rücksicht nimmt. Die Ziele, die man

# Nur zur Kenntnisnahme!

## Neue Provokationen des Völkerbundes durch Japan.

Der japanische Vertreter beim Völkerbund, Sawada, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes das Protokoll des japanisch-mandschurischen Abkommens überreicht. Dabei erklärte Sawada, die Ueberrichtung des Protokolls erfolge lediglich zur Kenntnisnahme des Völkerbundes und bedeute nicht die im Artikel 18 des Völkerbundsstatutes geforderte Anmeldung internationaler Vereinbarungen zur Registrierung und Veröffentlichung. Im Völkerbundsstatut heißt es ausdrücklich, daß kein internationaler Vertrag vor der Registrierung verbindlich ist. Japan gibt also durch diese Erklärung Sawada zu erkennen, daß es sich in keiner Hinsicht mehr an die Bestimmungen des Völkerbundes gebunden fühlt.

## China protestiert.

Von der chinesischen Regierung ist in Genf eine Note eingetroffen, in der gegen die Anerkennung der Mandschurei durch Japan als Verletzung des Artikel 10 des Völkerbundsstatutes protestiert wird. Die chinesische Regierung verlangt, daß die nun bereits seit einem Jahr laufenden Verhandlungen des Völkerbundes über die endgültige Regelung des China-Japan-Konfliktes endlich zum Abschluß gelangen.

In einer offiziellen Erklärung des chinesischen Finanzministers Sun heißt es, die chinesische Regierung erhalte täglich Aufforderungen, die diplomatischen Beziehungen zu Japan abzubrechen und die Wirtschaftsblockade zu verhängen.

Wenn der Völkerbund wirklich dazu da sei, den Frieden zu bewahren, so müsse endlich gegen Japan vorgegangen werden.

Der chinesische Gesandte in Tokio hat bei dem japanischen Außenminister gegen die Anerkennung der Mandschurei Einspruch erhoben.

## Der Widerhall bei den Großmächten.

Während dieses ganzen Jahres, in dem der Konflikt wegen der Mandschurei um sich gegriffen hat, sind unzählige Protestnoten Chinas in Genf eingelaufen und spurlos verhallt, weil diejenigen, die dem Vorgehen Japans ein Ende hätten machen können, es nicht wollten. Wie steht es heute?

Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat vor einigen Wochen erklärt, daß auf Grund des Kellogg-Paktes die Großmächte die Pflicht hätten, gegen Japans Politik in der Mandschurei vorzugehen. Welche Bundesgenossen hätte Stimson, wenn er selber sich an seine Worte halten würde, unter den Großmächten?

Als zu Beginn des Konflikts von einem Eingreifen der USA gegen Japan die Rede war, rechnete Stimson noch mit der Unterstützung Englands, während von vornherein klar war, daß Frankreich nicht gegen Japan vorgehen würde. Aber auch England hat sich mit dem Versuch begnügt, seine eigenen Handelsinteressen im Fernen Osten wahrzunehmen und alles Weitere den Wünschen Japans und den Untersuchungen von Völkerbunds-Ausschüssen und -Kommissionen zu überlassen.

erreichen will, sind im Falle der schwerer bewaffneten Staaten die größtmögliche Herabsetzung und im Falle der leicht bewaffneten Staaten auf jeden Fall keine wesentliche Erhöhung. Die englische Regierung erblickt die Aufgabe der Abrüstungskonferenz darin — den Rahmen einer Abrüstungsvereinbarung gestützt auf dem Grundsatz zu schaffen, daß jeder Staat für sich in Uebereinkunft mit anderen eine Begrenzung auf sich nimmt,

die er sich selbst auferlegt und freiwillig übernimmt, und zwar als ein Teil der gegenseitigen Verpflichtungen von einem Unterzeichnungsstaate dem anderen gegenüber. Als Ergebnis der Vereinbarung wird es daher keinen Unterschied im „Status“ geben; die Rüstungen eines jeden werden durch dieselbe Methode überwacht werden. Die Begrenzung, die bereits durch die bestehenden Verträge — wie die Friedensverträge und die Flottenverträge von Washington und London — bestehen, werden, soweit sie nicht durch gegenseitige Uebereinkunft einstimmig abgeändert werden, in der freiwilligen und allumfassenden Uebereinkunft wieder erscheinen, über die zu verhandeln man sich jetzt gerade anschickt. . . . Diese Auffassung von der Art und dem Zwecke der Abrüstungskonferenz gibt nach Ansicht der englischen Regierung die Antwort auf die Frage des Statuts, die in der Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. August aufgeworfen ist.“

6. Die englische Erklärung schließt mit dem Hinweis, daß Fragen der Gleichberechtigung „Betrachtungen über den nationalen Stolz und die nationale Würde einschließen und daher den Groll zwischen den Völkern leicht wachhalten. Im Interesse der allgemeinen Versöhnung sei es erforderlich, die Beratungen zwischen den Völkern, die gerade wieder aufgenommen worden, zu fördern, statt sich von ihnen zurückzuziehen.

Daß Frankreich seine Stellung zur Mandschurei-Frage nicht geändert hat, geht aus einem Bericht hervor, den die amerikanische Botschaft in Paris nach Washington gesandt hat. Darin wird erklärt, daß Frankreich mit Stimson's Auslegung des Kellogg-Paktes völlig einverstanden sei. Deshalb könne es aber seine bisherige Politik der Unterstützung Japans nicht aufgeben. Die französische Regierung will auf Japans Unterstützung bei ihrer Politik in Indochina und Yunan rechnen können. Außerdem ist sie der Ansicht, daß die französischen Handelsinteressen in der Mandschurei unter japanischer Herrschaft besser wahrgenommen werden.

Stimson beabsichtigt, dadurch einen Druck auf England und Frankreich auszuüben, daß die Vereinigten Staaten den kleineren Völkerbundsstaaten, die sich für ein Eingreifen gegen Japan einsetzen, jede mögliche Hilfe bieten. Wirkungsvoller wäre es wahrscheinlich, wenn die USA ihre Haltung in der Schuldenfrage von einer befriedigenden Lösung des Mandschurei-Konfliktes abhängig machten; es heißt, daß diese Maßnahme in Washington erwogen wird. Ein anderer Weg, der die Vereinigten Staaten allerdings auch etwas kosten könnte und der, vielleicht aus diesem Grunde, gar nicht mehr erwähnt wird, wäre die Boykottierung japanischer Waren in den Vereinigten Staaten. Durch eine solche Maßnahme würde Japan fast 40 Prozent seiner Ausfuhr einbüßen! Die Vereinigten Staaten würden, wenn Japan daraufhin auch ihre Waren boykottieren würde, etwa 5 Prozent ihrer Ausfuhr einbüßen.

Die Vereinigten Staaten haben also Mittel in der Hand, den Kampf gegen Japans Mandschurei-Politik aufzunehmen. Allerdings ist jetzt schon etwas spät dafür. Nachdem die Unabhängigkeit der Mandschurei offiziell anerkannt worden ist, nachdem Japan auch den letzten Rest von Achtung vor der Genfer Diplomatenversammlung verloren hat, und nachdem es Zeit gehabt hat, seine Herrschaft in der Mandschurei etwas zu festigen, ist ein Vorgehen gegen Japan ungleich schwerer, als es während des größten Teils des vergangenen Jahres gewesen wäre.

## Der Jahrestag.

Viel Hoffnung wird in China nicht mehr auf eine Hilfe von außerhalb gesetzt. Der Jahrestag der Besetzung der Mandschurei durch japanische Truppen wurde als Nationaltrauertag begangen. Auf allen öffentlichen Gebäuden wehten Fahnen mit Trauerfloren. Viele Führer der Kuomintang riefen in öffentlichen Versammlungen zum Kampf gegen den japanischen Imperialismus auf.

Der Kampf ist im Gange. In der Nacht zum 16. September haben chinesische Truppen einen Angriff auf Tsitsikar unternommen, der acht Stunden lang dauerte. Auf chinesischer Seite sollen 300 Mann getötet worden sein.

Die Fuschun-Kohlengruben wurden nach langem Kampf gegen die japanische Besetzung von chinesischen Freischärlern eingenommen. 35 japanische Soldaten sollen getötet worden sein.

## Die englische Presse

äußert sich zustimmend zur Antwort der englischen Regierung:

„Times“ ist für eine Regelung der Abrüstungsvorschriften, damit der Streit um diesen Punkt des Versailler Vertrages aufhöre. Sie meint, daß man dann sehen könne, ob Deutschland lediglich aufrüsten wolle oder ob ihm an der Abrüstung läge. — Im übrigen ist sie einverstanden mit der „festen Antwort auf Deutschlands aufdringliche Forderung“.

„Daily Telegraph“: die englische Note habe Deutschland Gelegenheit verschafft, wieder an der Konferenz teilzunehmen.

„Daily Mail“ meint, eine Abänderung der Verträge dürfe „nur ein Akt der Gnade sein, nicht aber auf einen Druck hin erfolgen“.

„Daily Express“ wählt die Überschrift: „England weist Deutschland wegen unklugen Vorgehens zurecht.“

„Daily Herald“ freut sich über die Anstrengung seiner Regierung, die Konferenz zu retten. Er findet die englische „Vorlesung über Unklugheit der deutschen Regierung nicht richtig“.

„News Chronicle“ vermisst eine Bürgschaft seitens der englischen Regierung, daß die Abrüstungskonferenz diesmal Ernst machen werde.

## Im Hintergrund: Die Abrüstung.

Mit dem Bau des deutschen Panzerkreuzers C wird am 1. Oktober begonnen werden.

In Neapel sind am Sonnabend sechs Kriegsschiffe in See gegangen, die in Italien für die persische Marine gebaut wurden.

Ein englisches Kreuzergeschwader ist zu einem amtlichen Besuch in dem bulgarischen Hafen Warna eingelaufen.

Bei einem Übungsflug stießen am Sonnabend zwei italienische Militärflugzeuge zusammen und stürzten beide ab. Dabei kamen sieben Menschen ums Leben.

Glücklicher ist ein Zusammenstoß von Kampfflugzeugen in England verlaufen, bei dem die eine Maschine zwar abstürzte, der Flieger sich aber durch Fallschirmabsprung retten konnte.

Die ungarische und die tschechische Regierung streiten sich um die Frage, ob tschechische Grenzsoldaten ihren Fuß auf ungarisches Gebiet gesetzt haben.

Der bolivianische Außenminister hat an den Generalsekretär des Völkerbundes telegraphiert, daß Paraguay sich nicht an die Spielregeln des Krieges halte, indem es die Genfer Rote-Kreuz-Konvention über die Behandlung von Verwundeten und Kriegsgefangenen verletzt habe.

Gleichzeitig hat die Regierung von Paraguay nach Genf telegraphiert, daß sie nach wie vor bereit sei, einen Waffenstillstand abzuschließen.

Eine „Präsidialpartei“ ist gegründet worden, hat verkündet, daß sie Hindenburg und einer von Parteien unabhängigen Regierung Hilfe leisten wolle und ist sowohl von der Reichsregierung als auch von Herrn von Gleichen vom Herrenklub — abgelehnt worden: beide wollen nicht das Geringste mit der neuen Partei zu tun haben.

Die anderen Neugründungen dieser Tage wollen wir einstweilen nicht namentlich aufzählen.

# Republik Spanien gegen ausländische Arbeitskräfte.

Das spanische Arbeitsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach die bisher unbehinderte Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte wesentlich beschränkt wird. Die gegenwärtig in Stellung befindlichen ausländischen Arbeiter und Angestellten können weiterhin in diesen Stellungen bleiben, wenn sie sich gegen eine jährliche Zahlung von 5 Peseten, die für die spanischen Arbeitslosen bestimmt sind, einen Personalausweis beschaffen. Freigewordene Stellen müssen mit spanischen Arbeitskräften besetzt werden, sofern nicht eine besondere Erlaubnis des Arbeitsministeriums Ausländer zuläßt. Wenn in einem Betrieb spanische und ausländische Arbeitskräfte beschäftigt sind und die Betriebslage erfordert die Entlassung von Arbeitern, so müssen zuerst die ausländischen Arbeiter entlassen werden.

Bei der außergewöhnlich großen Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Spanien gewinnt dieses Dekret eine einschneidende Bedeutung. Nachdem erst kürzlich Frankreich die Bestimmungen für ausländische Arbeiter erheblich verschärft hat, stellt nun auch das bisher unbeschränkt gastfreundliche Spanien seine Bedingungen. Vielleicht ist es durch den Rückstrom spanischer Arbeiter aus Frankreich dazu gedrängt worden!

145 spanische Offiziere und Adelige sind nach der spanischen Sahara verbannt worden. In Madrid befinden sich noch 140 Mitglieder dieser Kasten in Untersuchungshaft, in Sevilla 230.

Die ersten Wahlen für das katalonische Parlament finden am 16. Oktober statt.

## Ein Reichstag ohne Nazis.

Am Sonntag haben in Schweden Reichstagswahlen stattgefunden. Nach den bisherigen Meldungen sind sie im ganzen Land ruhig verlaufen und haben, soweit die Ergebnisse schon bekannt sind, zu einer Verschiebung der Stimmen von der Rechten und den bürgerlichen Parteien zur Bagerpartei, den Sozialdemokraten und den Kommunisten geführt. Die Mandatsverteilung bleibt trotzdem in einer Reihe von Provinzen unverändert; die Zersplitterung der Arbeiterschaft hat dafür gesorgt, daß eine Reihe der für sie abgegebenen Stimmen unwirksam bleiben; die Kommunisten sind in vielen Wahlkreisen immer noch zu schwach, um ein Mandat zu erhalten, und eine Reichsliste, auf die Ueberschussstimmen angerechnet werden, gibt es in Schweden nicht.

Erfreulicher Weise haben die Nazis, soweit bisher bekannt ist, in keinem Wahlkreis ein Mandat gewonnen.

In Stockholm haben die Sozialdemokraten einen besonders starken Wahlgewinn gehabt, sie sind von 83 000 Stimmen auf 111 000 gestiegen. Die beiden kommunistischen Parteien sind zusammen von 27 000 auf 34 000 Stimmen gestiegen. Alle bürgerlichen Parteien sind zurückgegangen, am stärksten die bürgerliche Linke. Die Nationalsozialisten brachten nur 1900 Stimmen auf.

# Der Reichsarbeitsminister bei den christlichen Gewerkschaften.

Am Sonntag nachmittag wurde in Düsseldorf der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands durch eine Jugend-Kundgebung eröffnet. Auf ihr sprach unter anderem Imbusch, der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter. Er forderte praktisches Christentum in der Wirtschaft: „Wir wollen keine Formaldemokratie, in der das Kapital auf Umwegen herrscht. Wir wenden uns gegen jede Demagogie, die zur Herrschaft drängt, auch wenn sie in Uniformen mit Bändern, Mützen und Knöpfen auftritt. Wir sind der Ansicht, daß die Auffassungen der Leute falsch sind, die etwa glauben, es genüge, wenn Leute ohne jeden Anhang als Präsidialkabinett sich einsetzen. Anscheinend sind diese Leute jetzt zu der Auffassung gekommen, daß eine Regierung ohne Boden im Volk nicht bestehen kann. Sie wollen jetzt eine besondere Partei gründen. Wir sind — so betonte Imbusch mit Nachdruck — der Meinung, daß im ganzen Staatsleben nicht nur der Geist, der sich auf christliche Sprüche beschränkt, herrschen muß. Wir glauben vielmehr, daß wir christliche Taten brauchen, die dem Geist der Nächstenliebe entsprechen.“

Bei der Eröffnungsfeier am Sonntag abend betonte der Verbandsvorsitzende Otte, der Kongreß tage in einer Zeit größter wirtschaftlicher und sozialer Nöte und größter Gefahren für die Stellung des Arbeitnehmers in Staat und Wirtschaft. In zunehmendem Maße dränge sich in Deutschland eine Geistesrichtung vor, die die Sozialpolitik höchstens als ein soziales Uebel betrachtet, das nur so lange gelitten werde, wie es unumgänglich notwendig sei. Der Schutz der wirtschaftlich Schwachen werde als Marxismus bezeichnet und abgetan. Die wirtschaftlich Stärkeren verlangten die Hilfe des Staates, sie wendeten sich aber dagegen, daß der Staat die wirtschaftlich Schwachen ausreichend unterstütze. Die letzten Regierungsmaßnahmen könnten als gerechtes und auf die Dauer Erfolg versprechendes Mittel nicht angesehen werden. Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften wolle mit seiner Arbeit zur Überwindung des gegenseitigen Mißtrauens und zur Zusammenfassung derjenigen beitragen, die mit wahrer Sorge um das Wohl Deutschlands erfüllt seien. Damit gab er dem Vertreter der Junker-Regierung, dem Reichsarbeitsminister Schäffer, das Stichwort. Dieser glaubte, in der Einladung der christlichen Gewerkschaften „einen Ausdruck des Vertrauens zu finden“, das diese zu seinem „sozialpolitischen Wollen“ haben. Man hörte zunächst:

### Schäffers soziales Bekenntnis.

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Sie steht im Dienste der Menschheit. Von der Wirtschaft verlangt der Arbeiter nicht bloß Arbeit, er fordert, daß in der Wirtschaftsordnung auch Platz ist für seine persönliche Freiheit und Würde, für sein Recht, sich mit Arbeitern desselben Berufes zu verbinden, um mit vereinten Kräften, insbesondere in den Gewerkschaften, die gemeinsamen Angelegenheiten zu schützen und zu fördern. Nach der Natur der Dinge sind Arbeiter und Unternehmer Mitarbeiter am selben Werk — mit Ueberordnung und Unterordnung, aber ohne das Verhältnis von Herren und Knechten.

### Wie Schäffer die Geschichte der Sozialpolitik sieht.

Am Anfang unserer Wirtschaftsordnung war die Freiheit und Würde das arbeitenden Menschen gefährdet. (Und heute?) Wer aber der weiteren Entwicklung unbefangenen folgt, muß zugeben, daß in der Befreiung des Arbeiterstandes wohl alle Fortschritte — wenigstens der Art nach — gemacht wurden, die möglich sind in einer Wirtschaftsordnung, die sich auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln stützt. Ich erinnere an den gesetzlichen Arbeitsschutz, an die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verlängerung der Arbeitsruhe, an die soziale Versicherung, an das neue Arbeitsrecht, an Tarifvertrag, Schlichtung und Arbeitsverfassung. Seitdem der Staat sich zur sozialen Mission bekannt hat, hat auch das Recht einen sozialen Inhalt erlangt: Das Recht, das früher in der Hauptsache die geschützte, die schon besaßen, dieses Recht schützt jetzt auch die, die nichts besitzen, außer ihrer körperlichen und geistigen Arbeitskraft.

Bei der Schöpfung des sozialen Rechts lag die Initiative nicht immer bei der Obrigkeit. Der Anstoß dazu kam oft von unten, von den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften haben auch den Inhalt des neuen Rechts und seine Durchführung beeinflusst. Ich erkenne gern den starken Anteil an, den dabei die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer in der Vergangenheit hatten. In Ihren Gewerkschaften wird der

**Kampf um die Befreiung geführt nach den ewigen Gesetzen der christlichen Lehre und nach den vaterländischen Interessen und Bedürfnissen.**

Die Befreiung des Arbeiterstandes ist zum guten Teil das eigene Werk der Arbeiter. Eine Freiheit, die im Kampf erungen ist, gibt dem Dasein einen höheren Wert als die Freiheit, die aus der Vergangenheit mühelos ererbt wurde.

In der Volkswirtschaft ist die Gewerkschaft nicht mehr zu entbehren. Wer von den Gewerkschaften die Abrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat wird auch künftig das freie Spiel der Kräfte auf dem Markte für Lohn- und Arbeitsbedingungen zunächst den auf dem Boden der Selbsthilfe aufgebauten Organisationen überlassen. Er wird aber nicht darauf verzichten, dann einzugreifen, wenn es für das allgemeine Interesse unerlässlich ist.

### Wie Schäffer das Papen-Programm vor Arbeitern begründet.

Das Schlimmste, was der Würde eines Arbeiters zugefügt werden kann, ist die Arbeitslosigkeit. Es war, wenn ich recht unterrichtet bin, der Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes, der einmal das treffende Wort gesprochen hat: „Es ist tausendfach wirtschaftlicher gehandelt, wenn wir alles aufbieten, um das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, als den in Arbeit Stehenden ein paar Pfennig Lohn-erhöhung zuzuführen.“ Gerade diesen Zweck hat der Wirtschaftsplan der Reichsregierung im Auge.

Schäffer zählt dann eine Fülle von Maßnahmen unter diesem Gesichtspunkt auf. Er läßt dabei einfach diejenigen weg, die, wie Osthilfe und zweite Bankensanierung, Getreidepreisstützung und industrielle Erfolglosenhilfe, nicht in seine Rede hineinpassen. Von den 1,5 Milliarden Mark Steuergeschenken redet er nur in einem Nebensatz!

„Sozial handelt, wer aus den Unterstützungsempfängern Lohnempfänger macht.“ Unbestritten! Es fragt sich nur, wie! Schäffer fährt bei diesem vor Gewerkschaften schwierig zu behandelnden Punkt vorsichtig fort: „Zu diesem unbestrittenen Ziele führt ein — allerdings zum Teil bestrittener — Weg über das Gebiet der Lohnpolitik.“ Für die Lohnsenkungen hofft er die christlichen Gewerkschaften besonders dadurch zu gewinnen, daß er auf die neue Ausführungsverordnung vom 15. September hinweist; durch sie würden gerade die Bedenken aus dem Wago geräumt, die von den christlichen Gewerkschaften bei der Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen geltend gemacht worden seien. Die Reichsregierung werde — so versichert er ferner

beruhigend — ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß bei Durchführung die Möglichkeit des Mißbrauchs auf das geringste Maß beschränkt wird.

### Das Zuckerbrot.

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß der Herr Reichskanzler in seiner Kundfunkrede vom 12. September für den Winter die Erhöhung der Unterstützung für Arbeitslose angekündigt hat — in der Ueberzeugung, daß es dem neuen Wirtschaftsplan gelingt, die Zahl der Arbeitslosen abzubauen. Der Herr Reichskanzler hat auch die Verbesserung der Renten in Aussicht gestellt, sobald die wirtschaftlichen Möglichkeiten es zulassen.

### Die harmlose Generalvollmacht zum Abbau der Sozialpolitik.

Könnte sich nicht gerade aus den jetzigen Verhältnissen, namentlich auch aus der Durchführung der neuen Verordnungen, die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues des Schlichtungswesens ergeben? An diese und ähnliche Dinge denkt die Ermächtigungsverordnung über sozialpolitische Maßnahmen. Die Verordnung denkt nicht an die Aufhebung des Versicherungsgutes und des Arbeitsschutzes, sie denkt nicht an die Zersetzung der begrifflichen Merkmale (!) des Tarifvertrages. Allein die Erhaltung und Pflege der sozialen Errungenschaften und Einrichtungen bildet das Leitmotiv für die so stark kritisierte Verordnung.

Vor der weiteren Ausführung der Ermächtigungsverordnung werden die Beteiligten, insbesondere die Gewerkschaften, gehört werden; auf ihre Mitwirkung wird besonderer Wert gelegt.

### Das Schlimmste aber ist das Mißtrauen.

Das Schlimmste an einer Wirtschaftskrise ist das Mißtrauen. Es dauert meist länger, als die realen Verhältnisse es notwendig machen. Es sind echte Zeichen für einen Umschwung in der Grundstimmung vorhanden. (Wo, außer im Konjunkturforschungsinstitut?) Darum: Abbau des Mißtrauens und Rückkehr des Vertrauens. Die Reichsregierung glaubt, zur Einleitung einer Besserung der Verhältnisse das Ihrige getan zu haben. Entscheidend ist jetzt die Geisteshaltung der Unternehmer und Arbeiter, der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften. Ich möchte Sie alle zur tatkräftigen Mitarbeit an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft aufrufen. Möge in diesem Sinne gerade Ihre Düsseldorfer Tagung wirken. Es ist dies der aufrichtige Wunsch der Reichsregierung, der die

**Pflege und Förderung des sozialen Gedankens ganz besonders am Herzen liegt.**

Wir nehmen an, daß auch die Leitung der christlichen Gewerkschaften sich zur „Pflege und Förderung des sozialen Gedankens“ eine andere Reichsregierung wünscht. Wie weit das im weiteren Verlauf der Tagung deutlich wird, werden wir noch berichten. Die anwesenden Delegierten haben die Ausführungen Schäffers wiederholt durch Zurufe und Zeichen unterbrochen. Zum Schluß seiner Rede wurde die Unruhe so stark, daß Schäffer sich kaum vernünftig machen konnte. Als er das Rednerpult verließ, wurden einige beifällige Aeusserungen und lebhaftes Zischen durch den stürmischen Ruf nach dem früheren Reichsarbeitsminister Stöcker waft überhört.

### Wirtschaftspolitische Aussprache.

**Berlin:** Dienstag, 20. September, 20 Uhr, im Luisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16. Thema: Papens Wirtschaftsprogramm und die Arbeiterschaft. Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. — Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

Im Lande Rovers, in Oldenburg, werden die Gehälter der Staats- und Gemeindebeamten am 1. Oktober erneut gekürzt. Dadurch soll Geld für die Unterstützung der Arbeitslosen beschafft werden.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Braunschweig:** Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Gasthof „Niedersachsen“, Ecke Südkint-Güldenstraße. Thema: Der neueste Streich der Papen-Regierung! Wo bleibt die Abwehr der Arbeiterklasse?

**Frankfurt a.M.:** Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Volksbildungsheim. Thema: Papen-Deutschland und der Weg sozialistischer Arbeiterpolitik.

**Freie Aussprache! Eintritt freil!**

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Der militärische Ring um das Regierungsviertel herum ist gesprengt. Jeden Augenblick können die Massen in die Wilhelmstraße einbrechen. Er glaubt schon die johlend herankommenden Haufen zu hören, er sieht schon das Haus belagert und die Straße von Gesichtern angefüllt.

Auch seine Ratgeber fangen an zu verzweifeln. „Wenn jetzt nichts geschieht, ist alles verloren, — wird Ebert mir als Volkstribun von der Straße präsentiert, dann kommt die Republik!“

„Und wenn es Liebknecht ist, kommt der Bolschewismus!“ Der Prinz öffnet die Tür zum Vorzimmer:

„Um Gotteswillen, haben Sie den Kaiser noch nicht erreicht?“

„In der Villa Frainouse ist ein Telephon besetzt, das andere ist abgehängt!“ antwortet der Unterstaatssekretär.

Der Kaiser — —

Vor elf Tagen ist er von Berlin abgefahren, aber nicht auf Anregung der Obersten Heeresleitung, wie dem Kanzler gesagt wurde. Die Generäle in Spa waren von seiner Ankunft genau so überrascht, wie der Reichskanzler in Berlin von seiner plötzlichen Abfahrt. Viele erinnerten sich auch des bösen Wortes, mit dem Wilhelm II. vor drei Monaten die Armee verließ: „Bei einer geschlagenen Armee bleibe ich nicht!“

An den folgenden Tagen fuhr der Kaiser in seinem Hofzug von einer Armee zur anderen, hielt hinter der Front Paraden ab und verteilte Orden und Ehrenzeichen.

Vor einigen Tagen ist er in die an einer stillen Landstraße in der Nähe Spas gelegene Villa Frainouse übersiedelt. Jetzt betritt er mit Oberstleutnant Niemann den Gartensaal, in dem die Generäle v. Plessen und Marschall, Admiral v. Hintze, Freiherr v. Grünau und der zu der bevorstehenden Besprechung hinzugezogene Chef der Kronprinzenarmee, Graf Schulenburg, versammelt sind.

Die beiden obersten Soldaten der Armee werden hereingerufen: Generalfeldmarschall v. Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister, General Groener. Die Waffen umgeschwungen, in vorgeschriebener Paradeuniform, stehen sie vor dem Kaiser.

Der einundsiebzigjährige Feldmarschall spricht mit Anstrengung: „Ich kann, was ich sagen muß, nicht aussprechen. Ich bitte darum um meinen Abschied...“

Ungeduldig schneidet der Kaiser dem greisen Marschall das Wort ab. Er richtet den Blick auf den Generalquartiermeister, den er vor 24 Stunden mit dem Befehl entlassen hat: „Das Heer muß kehrt machen und gegen die Heimat marschieren“, und sagt: „Ich fordere militärischen Vortrag vom Generalquartiermeister!“

General Groener holt ein paar Notizblätter hervor.

Nur kurze Stichworte hat er sich aufgeschrieben. Das Bild der Armee, die große Linie der rückwärts verlaufenden Aktion ist ihm wie ein furchtbarer Wahntraum, Tag und Nacht gegenwärtig. Zwei Millionen Mann hat er vom Feind abzusetzen. Eine riesige Schwenkung. Links bleibt der Sohlenkel in die Erde eingegraben, der rechte Flügel geht unaufhaltsam zurück; ob er westlich des Rheins noch einmal zum Halten zu bringen sein wird, ist nicht abzusehen. Und in dem aufzuehenden weiten Raum liegen noch achtzigtausend Verwundete, liegen große Mengen Kriegsmaterial, liegen aufgestapelte Proviantvorräte, für die keine genügenden Transportmittel vorhanden sind. Das Eisenbahnnetz wird mit jedem Kilometer den das Heer zurückweicht, weitmächtiger. Und dann der gefährdete Punkt nördlich von Verdun, wo die Amerikaner in die deutschen Linien vorstoßen und die Front zu durchbrechen drohen. Eine in die Tiefe gegliederte Reserve, die den Stoß auffangen könnte, ist nicht mehr da. Gegen die frischen Truppen des Feindes, die im Schutz einer noch nicht dagewesenen Artillerie- und Materialvorbereitung vorrücken, hat Deutschland nur eine ganz dünne Linie völlig erschöpfter Soldaten stehen.

Das ist die Erbschaft Ludendorffs, die Groener angetreten hat.

„Die noch kampffähigen Truppen hält der Gegner gefesselt. Eine oder mehrere Divisionen zum Niederschlagen

des Aufstandes herauszunehmen, würde den Zusammenbruch der Front bedeuten“, resümiert der General.

Er nimmt ein neues Blatt zur Hand: Etappe und Heimat.

Die Etappe befindet sich vollkommen in Zersetzung. Man muß froh sein, wenn noch die nötigsten Proviantzüge für das Heer durchkommen. Die Zufuhr von rückwärts ist mehrfach, so von Köln und München aus, verhindert worden. Die hinter die Front zurückverlegten großen Magazine sind in den Händen der Revolutionäre. Köln und andere wichtige Eisenbahnpunkte werden von Soldatenräten kontrolliert. Die für besonders zuverlässig gehaltene Frontdivision, die den Rücken des Großen Hauptquartiers schützen sollte, hat den Offizieren den Gehorsam gekündigt und sich gegen den ausdrücklichen Befehl in Bewegung gesetzt, um nach Hause zu marschieren. Der General beschränkt sich auf den Bericht von Tatsachen.

Er spricht mit gleichmäßig bleibender Stimme und übergeht die Symptome, die man hier in der Umgebung des Kaisers noch immer nicht zu deuten wagt. Gestern noch hat Generaloberst v. Plessen schwere Gehorsamsvergehen, die ihm als Befehlshaber der im Hauptquartier liegenden Truppen gemeldet wurden, nur als Unregelmäßigkeiten bezeichnet. Und der Chef der Kronprinzenarmee, Graf Schulenburg, versucht selbst in dieser Stunde noch, die Tatsachen wegzudisputieren. Ein zustimmender Blick des Kaisers ermutigt ihn in den Vortrag einzugreifen.

Er fällt dem Generalquartiermeister ins Wort und behauptet, er überschätze die Schwierigkeiten.

„Gewiß, das Heer als Ganzes ist nicht brauchbar zum Kampf gegen die Heimat. Aber immerhin gibt es zahlreiche Verbände, auf die man sich unbedingt verlassen kann. Man möge sie herausziehen und nach wenigen Tagen der Ruhe gegen die aufständischen Rheinstädte führen. Darüber werden freilich 8—10 Tage vergehen. Aber wenn wir dem Heere klarmachen, in wie schändlicher Weise die Marine der Armee in den Rücken gefallen ist, wie ein Haufen von Drückbergern und Kriegsgewinnlern der schwer ringenden Truppe die Verpflegung zu sperren droht, dann wird man eine wirkungsvolle Parole für den Kampf haben.“

(Fortsetzung folgt.)

# DMV zur Notverordnungs-Lohnkürzung.

## Radikale „Wendung“ der Gewerkschaftstaktik.

M. H. Obgleich die Berliner Ortsverwaltung des DMV erst zwei Tage vorher zur Funktionärversammlung am Freitagabend eingeladen hatte (warum eigentlich nicht eher?), war diese doch von über 1000 Funktionären besucht. Ulrich sprach über die Notverordnung. Aus seiner Rede, gegen die sachlich nichts einzuwenden war, sprach die Neuorientierung, die jedenfalls in den Worten der Gewerkschaftsführer jetzt sichtbar wird.

Er forderte die Berliner Metallarbeiter auf, da, wo die Notverordnungsbestimmungen in den Betrieben durchgeführt werden sollen, zu streiken.

An die Friedenspflicht seien die Gewerkschaften nicht gebunden. Die Kommunisten würden hoffentlich bei diesen Kämpfen mit dabei sein und den Bruderkampf aufgeben, besonders auch bei dem von der SP eingeleiteten Volksbegehren. Ulrich lehnte entschieden ab, daß die Gewerkschaften sich an den Arbeitsminister angeregten Verhandlungen im Arbeitsministerium überhaupt beteiligen. Von einer so klaren Absage ist sonst noch nichts bekannt geworden!

In der Diskussion vertrat ein kommunistischer Kollege, der im übrigen Ulrich zustimmte, die Forderung, daß die Gewerkschaften zum politischen Massenstreik auffordern sollten. Ein von ihm dazu eingebrachter Antrag wurde nicht verlesen, mit der Begründung, daß die Gewerkschaften nur wirtschaftliche Streiks zu führen hätten, daß aber die Parole „Politischer Streik“ Sache der Parteien sei.

Diese Antwort Ulrichs an den kommunistischen Kollegen und die Zurückweisung des Antrags ist völlig unbeeidigt. Ulrich befindet sich mit dem, was er sagte, noch nicht einmal in Übereinstimmung mit den sonstigen Ansichten der Gewerkschaftsführer.

Denn wo es um die Existenz der Gewerkschaften wie der gesamten Arbeiterbewegung geht, ist anerkanntermaßen jedes Mittel der Abwehr angebracht.

Der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch war ein politischer Massenstreik und wird als solcher von allen Gewerk-

chaftsführern gebilligt. Am 20. Juli wurde die Frage eines Generalstreiks von den Gewerkschaften ebenfalls erörtert — manche Betriebe waren schon streikreif in Erwartung der Streikparole! —, also nicht von vorn herein als bloße „Sache der politischen Parteien“ erklärt. Und heute sind durch die Regierung Papen die Gewerkschaften ebenfalls in ihren Lebensbedingungen bedroht; das zeigt gerade die Notverordnung mit ihrer Vernichtung des Tarifrechts. Das wird auch durch das amtliche Dementi, man denke nicht an Auflösung der Gewerkschaften, keineswegs widerlegt. Es ist überaus kennzeichnend, daß dies Gerücht von dem „Deutschen“, der Zeitung der Christlichen Gewerkschaften aufgebracht worden ist.

Ulrich hat also nicht das Recht, zu behaupten, die Gewerkschaften hätten nur wirtschaftliche Streiks zu führen. Wann allerdings die Parole des politischen Massenstreiks ausgegeben werden muß, ist eine Frage der Taktik, und also der Klugheit. Den Kommunisten fehlt da in bezug auf eine kluge Taktik manches. Heute ist es ohne Zweifel zunächst einmal richtig, daß die Gewerkschaften die Parole ausgeben: Streikt gegen die Durchführung der Notverordnungsbestimmungen in den Betrieben, wehrt Euch damit gegen weiteren Lohnabbau! Da mit der neuen Notverordnung ein aktueller Anlaß zu einer solchen wirtschaftlichen Parole gegeben ist, ist es Aufgabe der Gewerkschaften, gerade diese Gelegenheit auszunutzen, um den Kampf aufzunehmen.

Es ist Sache der Kommunisten, mit dafür zu sorgen, daß mit diesen Parolen Ernst gemacht wird.

Dazu braucht die Parole des politischen Massenstreiks nicht sofort erhoben zu werden. Denn wenn tatsächlich Streikaktionen in größerem Umfang gegen die Notverordnung zu Stande kommen, so ergeben sich dann daraus die politischen Konsequenzen von selbst. Schließlich stammt ja die Notverordnung von der Regierung Papen! Und erst wenn einmal überhaupt solche Arbeitskämpfe geführt werden und damit die Kraft der Arbeiterschaft wächst, dann können die Gewerkschaften — bei Gelegenheiten wie etwa dem 20. Juli — vor der Parole des politischen Massenstreiks schließlich nicht mehr ausweichen.

## Bomben auf Braunschweig.

W. P. Unter diesem Titel hatten die Nazis die Braunschweiger Bevölkerung zu einem „Volksflugtag“ eingeladen. Daß diese eine der üblichen Propagandaveranstaltungen für die Aufrüstung Deutschlands sein sollte, war von vornherein klar.

Tausende wanderten hinaus, ließen sich ein hohes Eintrittsgeld abknöpfen und fühlten ihre Herzen höher schlagen, wenn ganze Geschwader über den Platz sausten und sich in die Luft erhoben. Sie werden ein angenehmes Gruseln empfunden haben, als Riesendetonationen ankündeten, daß die gesegnete Last der Bombenflugzeuge das Ziel getroffen hatte.

Warum führen die Nazis und die anderen Aufrüstungsfreunde eigentlich nur solche Spielerei vor? Warum geben sie denen, die ihnen nachlaufen, nicht einmal ein wirkliches Bild vom Kriege? Wie wäre es, wenn beim nächsten „Volksflugtag“ die Bombenflugzeuge nicht Bomben-Attrappen, sondern richtige schwere Fliegerbomben mitnahmen und davon zwei — ich bin bescheiden — in die begeisterte Menge der Zuschauer werfen würden? Wäre eine solche Aktion nicht eindrucksvoller als die heutige jämmerliche Kriegsspielerei?

Der „Volksflugtag“ zeigte im übrigen auch wieder die Unverschämtheit der Nazis und die Knechtseligkeit des deutschen Untertanen. Vom Polizeipräsidentium war die Sperrung einer Landstraße angekündigt worden, die dicht am Flugplatz vorbeiführt. Die Bewohner dieser Straße und die Besitzer der angrenzenden Schrebergärten wurden aufgefordert, sich vom Polizeipräsidentium Ausweise abzuholen.

Die polizeiliche Sperrung der Straße ist aus mir unbekanntem Gründen unterblieben; trotzdem wurde die Straße kaum von jemandem benutzt, der nicht eine Eintrittskarte für den Flugplatz besaß. An einer Stelle stand nämlich eine Kette uniformierter Nazis quer über die Straße. Rechts und links standen Tische, an denen Eintrittskarten verkauft wurden. Wer der Fliegerei von der Straße aus zusehen, aber kein Geld dafür ausgeben wollte, wurde an dieser Stelle unsicher, blieb stehen und kehrte in der Regel bald um. Die Ehrfurcht vor der Uniform hielt ihn ab weiterzugehen oder auch nur zu fragen. Nur einige Unerschrockene passierten ohne weiteres die Kette, kein Nazi hielt sie an. Auch die Nazis, die neben den Polizeibeamten den Fahrzeugverkehr zu regeln suchten, blieben friedlich, wenn man ihre Armeiche nicht beachtete.

Der brave Unterian vergißt immer wieder, trotz des unsterblichen Hauptmanns von Cöpenick, daß die Uniform lediglich aus bunten Lappen besteht, die sich jeder Hasenfuß umhängen kann. Das findet jeder bestätigt, der sich einmal entschließt, in Uniformierten auch nur gewöhnliche Sterbliche zu sehen und sie nicht anders zu behandeln. Er wird staunen, wie schnell so mancher zusammenklappt, wenn ihm jemand unbeirrt in die Augen sieht und ihn nach dem Grund für seine Ueberheblichkeit fragt.

## Wieder Polizisten wegen Vorgehens gegen Nazis bestraft.

Für die Bestrafung von Polizeibeamten, die gegen Nazis eingeschritten sind, liegt ein neues Beispiel vor: in Landsberg (Warthe) wurden mehrere Polizeibeamte, die im April bei der Auflösung einer Naziprasammlung den Gummiknüppel benutzt hatten, zu Geldstrafen von 50 und 100 Mark verurteilt. — Von den Altonaer Polizeibeamten, unter deren Kugeln bei dem Blutsonntag im Juli mindestens ein Dutzend meist unbeteiligter Menschen starben, steht unseres Wissens keiner unter Anklage.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 24/25.

# Die Abwehrfront gegen Lohnabbau wächst.

## Eine Gewerkschaft für das Bündnis mit SP und KP.

Die Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher hat eine Entschloßung gegen die Notverordnung angenommen. In dieser Entschloßung wird u. a. der ADGB aufgefordert, ein Kampfbündnis zwischen der KPD und der SPD herzustellen.

## Streik bei der „Magdeburger Tageszeitung“.

Bei der „Magdeburger Tageszeitung“ ist das technische Personal wegen Minderung der Leistungszulage in den Streik getreten. Die Sonnabendnummer konnte nicht erscheinen.

## Streikbeschluß genügt, um Lohnabbau zu verhindern.

Bei der Berliner Schuhfabrik Re h u P r ä d e l ist der Belegschaft durch Aushang angekündigt worden, daß entsprechend der Notverordnung ein Lohnabzug von 25 Prozent vorgenommen werden würde. Daraufhin faßte die Belegschaft den Beschluß, die Arbeit sofort niederzulegen. Die Firma hat sich dadurch veranlaßt gesehen, ihren Aushang und die darin angekündigte Lohnkürzung wieder zurückzuziehen.

## Zentralverband der Schuhmacher fordert den Kampf.

Der Beirat nahm folgende Entschloßung an: „Der Beirat fordert die Arbeitnehmer in Schuhindustrie und -handwerk auf, jedem Lohnabbau den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Abwehrwille richtet sich nicht gegen die Einstellung von Arbeitslosen, sondern gegen den reaktionären Angriff auf das Tarifrecht und die Verschlechterungen der Lebensbedingungen. Die Geschlossenheit und der einmütige Abwehrwille muß die auf Lohnabbau und

## Reichstarif in der Herrenkonfektion gekündigt.

Die Reichstarife für die Herren- und Knabenkonfektion sind von den Unternehmern zum 31. Oktober gekündigt. Sowohl Lohn- wie Manteltarif gelten für 40 000 Beschäftigte, denen der Lohn in diesem Jahr bereits um 25 Prozent ge-

## Arbeiter wollen ehrliche Einheitsfront.



Vor Beginn der Versammlung ein erstauntes Flüstern vor, neben und hinter mir. „Ja, das ist wirklich eine überparteiliche Sache.“ „Doch, ganz überparteilich!“ „So was gibt's heute noch?“

Es war die Veranstaltung des „Überparteilichen Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge am 17. Juli 1932 in Altona“. Ueber die Ergebnisse des Ausschusses, der eine Unmenge Zeugen der verschiedensten Richtungen vernahm, ist in Nr. 207 des „Funken“ vom 8. September 1932 ausführlich berichtet worden. Er stellte eindeutig fest, daß die Schuld am Tod der Opfer nicht bei der Arbeiterschaft, sondern bei der SA und der Polizei läge.

Sinn der Veranstaltung in Altona war, nach den Worten des Leiters, „die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu verbreiten“, wobei strengste Überparteilichkeit gewahrt werden sollte und — bis auf einige „Rot Front“-Rufe am Schluß — gewahrt wurde.

Wie erfreulich eine solche Art der ehrlichen Einheitsfront wirkt, zeigte das Gespräch zweier Arbeiter beim Verlassen des Saales:

„Na, das war doch mal endlich eine ordentliche Versammlung.“ „Und so gut geleitet, so sachlich.“ „Aber zum Schluß wieder „Rot Front“. Das können sie sich nicht verkneifen.“ „Na ja, aber sonst doch gut. Eigentlich haben wir alle doch mit Schuld an den 15 Toten. Wenn wir einig wären, dann wäre alles anders gekommen. Wenn wir uns bloß nicht so gegen einander verhetzen lassen würden!“ G. P. (Hamburg).

## Konflikt der Angestellten im Speditionsgewerbe.

Für die Angestellten im Berliner Speditionsgewerbe verlangen die Unternehmer, die das Gehaltsabkommen zum 30. September gekündigt haben, einen Abbau bis 14 Prozent und eine Umgruppierung, die für die davon betroffenen Angestellten einen Gehaltsabbau von 30 Prozent bedeuten würde. Da die bisherigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, wird der Widerstand in den Betrieben liegen müssen und wahrscheinlich sogar auf den Abschluß eines Tarifes verzichtet werden müssen.

## Wichtig für Betriebsräte!

Die durch die Notverordnung vom 4. September 1932 erfolgten Eingriffe in das Tarifrecht, die Aufhebung der Abdingbarkeit der Tariflöhne u. a. machen die Abhaltung von

## Sonder-Informationsabende für Betriebsräte

notwendig. Leiter der Abende ist Dr. Bruno Broecker. Die Veranstaltung findet statt am Dienstag, 27. September, 19 Uhr, im Saal 3, und Dienstag, 4. Oktober, 19 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25.

**Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-lager, Schulen u. s. w. erhalten**

**Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen**

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

**FRISCHKOST - REFORMHAUS**  
Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104

**Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**

günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei

**Kurt Levy,**  
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

## Sie brauchen einen neuen Wintermantel!

Legen Sie Wert auf Haltbarkeit? Dann kommt nur Maßarbeit für Sie in Frage

Achten Sie auf saubere Arbeit? Dann lassen Sie nur arbeiten bei

**R. SCHÖNHEIT**  
Herren- u. Damenmoden  
Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, II. II.

**BERLIN**

# KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

19. Sept.  
Jacques Feyder: Die neuen Herren

Ab 20 Sept.:  
Conrad Veidt, Heinrich George:  
**Der Mann, der den Mond bedingt**  
Fox tönende Wochenschau  
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wert Abonnenten! Sammelt Anzeigen!

Gewährt bei Einkäufen unsere Inserenten!

**Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate**  
stellt schnell, sauber und billig her

**Oscar Wettig, Gelnhausen**

**Sprechapparate Koffer/Schatteln/Schränke**  
**Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!**

**Otto Pfothauer, Wolmar, Röhstr. 40.**

## Ghandi im Hungerstreik!

Der Hungerstreik Ghandis für die Rechte der Parias (Unberühmbaren) ist ein neues Signal für die Kämpfe des indischen Volkes. Wer sind die Parias und warum werden gerade sie besonders unterdrückt?

Wer die Ursachen und den Weg der bisherigen Kämpfe kennen lernen will, der lese:

## Indien in der Zange.

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.  
Von Karl Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseartikeln:  
„Der Verlag „Öffentliches Leben“ hat sich durch dieses Buch ein Verdienst um die Kultur erworben. Es wäre sehr zu beklagen, wenn es in der Hochzeit des Büchermarktes nicht die gebührende Beachtung fände.“ („Die Geistesfreiheit“ vom 1. 9. 1932.)  
„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! Diese müßte jedem Menschen die Augen öffnen über die Verhältnisse der kapitalistischen Welt.“ („Der Andere Deutschland“ Nr. 16. 1932.)  
„Der Verfasser verleiht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klaren Strichen zu zeichnen.“ („Gewerkschaft“ Nr. 23. 1932.)  
„Zum wohlthuenden Unterschied von der durch die Ghandi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur, die sich vorwiegend mit den ethischen und politischen Seiten des Problems Indiens beschäftigt, zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen.“ („Internationale Gewerkschaftsbewegung“ Nr. 6. 1932.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.  
Postcheckkonto Berlin 813 42.

# Sondergerichte gegen Rechts und Links

Die Mörder zweier Reichsbannerleute werden nicht ermittelt.

Das Altonaer Sondergericht verurteilte am Sonnabend in Meldorf (Dithmarschen) 23 Nationalsozialisten. Es erhielten: Köhn und Stuhl je zwei Jahre Zuchthaus; Baumann ein Jahr sechs Monate Zuchthaus; 20 weitere Nazis Gefängnisstrafen von drei bis acht Monaten. Neun Nazis wurden freigesprochen.

Der Vorgang: Am 25. Juli hatten SA-Leute eine Versammlung der Eisernen Front in Friedrichskoog überfallen und dabei den 17jährigen Jäger durch einen Herzstich getötet. Den Mörder hat das Gericht nicht festgestellt.

Auch das Breslauer Sondergericht, das wegen der Tötung eines Reichsbannermannes verhandelte und am Sonnabend das Urteil fällt, hat niemanden der Angeklagten wegen der Tötung verurteilt. Es wurden verurteilt: der Sozialdemokrat Weiss wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis; fünf weitere teils kommunistische, teils sozialdemokratische, teils parteilose Arbeiter zu Gefängnisstrafen von zwei bis sechs Monaten (insgesamt 20 Monaten); drei Nazis, unter ihnen der Sturmführer Vater aus Kanth, wurden lediglich wegen Waffenmißbrauchs zu drei bzw. vier bzw. fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Vorgang: Am 10. Juli war ein etwa 800 Mann starker Propagandazug der Eisernen Front aus dem Hinterhalt beschossen worden. Einige Teilnehmer kamen im Anschluß daran mit Nationalsozialisten in eine Schlägerei, die stellungsweise zu einer Straßenschlacht ausartete. Dabei wurde ein Reichsbannermann getötet.

Aus der vergangenen Woche haben wir ein Urteil nachzutragen, das das Gericht in Landsberg (Warthe) am Donnerstag gegen fünf Mitglieder der Eisernen Front fällt, die beschuldigt wurden, am 5. März acht (also fünf gegen acht!) Nazis mit Fäusten und Füßen mißhandelt zu haben. Der Hauptangeklagte erhielt zwei Monate Gefängnis, die anderen Geldstrafen bis zu 60 Mark.

Berliner Sondergericht. Während die drei genannten Urteile nicht auf den verschärften Strafbestimmungen der Terrorverordnung fußen, ist dies der Fall bei einem Ur-

teil, das vom Berliner Sondergericht am Sonnabend nachträglich wegen des Zusammenstoßes in der Nacht zum 18. August in der Höchste Straße gefällt wurde:

der Arbeiter Rönisch erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs zwei Jahre Zuchthaus,

also nicht nur die Mindeststrafe. (Vor einigen Tagen waren bereits fünf kommunistische Arbeiter wegen dieses Zusammenstoßes zu insgesamt sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden.)

## Immer noch neues Material für das Berliner Sondergericht.

In der Nacht zum Sonntag wurde der Buchdrucker Heidemann aus der Hollmannstraße, der mit seiner Ehefrau an der Haltestelle stand, von angetrunkenen SA-Männern angepöbelt. Als er sich dieses energisch verbat, griffen ihn die SA-Leute an und brachten ihm erhebliche Gesichtsverletzungen bei. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen flüchteten die Täter in das SA-Heim in der Wilhelmstraße 107, wo das Ueberfallkommando trotz sofortiger Durchsuchung keinen der beteiligten SA-Leute fanden. Nach Zeugenberichten waren sie über die Dächer geflüchtet. Später erschien auf dem zuständigen Polizeirevier ein SA-Mitglied und gab an, daß der Haupttäter ein gewisser Egger sei.

Am Sonntag früh kam es auf der Hohenschönhausener Chaussee, Ecke Weißenseer Weg, zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei der Nationalsozialist Kurt Keuchel aus der Berliner Allee eine Kopfverletzung erhielt.

## „Vorbereitung zum Hochverrat“ — ein Kautschuk-Begriff.

Weil sie die „Rote Sturmflagge“ als Ersatzblatt für die chronisch verbotene „Rote Fahne“ hergestellt hatten, wurden fünf Personen verhaftet. Es handelt sich um Mitarbeiter der neulich ausgehobenen kommunistischen Geheimdruckerei in der Berliner Polizei 50 Zentner (angeblich illegal bedrucktes) Papier beschlagnahmt hatte. Das Verfahren, das dem Oberreichsanwalt in Leipzig überwiesen ist, geht auf Vorbereitung zum Hochverrat. Es ist nicht einzusehen, wieso die Herstellung eines Ersatzblattes für eine Zeitung, deren Herausgabe selber nicht als Vorbereitung zum Hochverrat gewertet wird, plötzlich Vorbereitung zum Hochverrat sein soll.

## Betrogene Betrüger.

Straßer sprach am Sonntag in Braunschweig vor den nationalsozialistischen Aerzten. Er sagte klipp und klar, daß die Nazis sich von Papon auf Glatteis haben locken lassen: Der Sturz Brüning's sei ein Kabinettsstück republikanischer Intrige gewesen. Das SA-Verbot habe man Groener planmäßig suggeriert, damit er darüber stürze und Brüning mit sich reiße und der neue Kanzler durch Aufhebung des SA-Verbots eine zunächst günstige Atmosphäre in dem Verhältnis zum Nationalsozialismus schaffe. Die Tolerierung Papons habe dem Nationalsozialismus im Wahlkampf 1½ bis 2 Millionen Stimmen gekostet. Im übrigen kündigte Straßer an, daß die NSDAP zur Kampfform der ersten Jahre zurückkehren werde. (Was meint er? Pistolenschüsse in die Decke des „Bürgerbräu“-Kellers in München?)

Drei Organisationen, die zusammen demonstrieren. Der Gustav-Adolf-Verein, eine Nebenorganisation der protestantischen Kirche, feierte am Sonntag beim Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig sein hundertjähriges Jubiläum. SA und „Stahlhelm“ waren mit kiltigendem Spiele zu der Kundgebung aufmarschiert. Festansprache von Staatsminister a. D. Böllitz: gegen die „wahnwitzigen Bestimmungen eines erbarmungslosen Friedensdiktats“ u. s. w. Natürlich wurde die Kundgebung auf alle deutschen Sender übertragen.

## Das Doppelgesicht der Säbelpolitiker.

„Der Versailler Vertrag verbietet der deutschen Jugend das Befassen mit militärischen Dingen, insbesondere die Ausbildung an Kriegswaffen. Damit sind dem Geländesport Grenzen gezogen,

deren Einhaltung zur Pflicht aller gemacht werden muß. Es besteht aber kein Verbot, die deutsche Jugend zu den Grundeigenschaften eines wehrhaften Mannes zu erziehen, auf die kein lebenswilliges Volk verzichten kann.“ (Aus der Vorbemerkung zu den vom Reichsinnenministerium erlassenen Richtlinien für die Ertüchtigung der Jugend durch Geländesport.)

Die über dieses Gebiet gut informierte „Berliner Börsenzeitung“ teilte mit, daß die Teilnehmer an den Geländesportübungen Einheitskleidung erhalten und daß als Lehrer zunächst Sportlehrer, frühere Reichswehr- und frühere Polizeioffiziere in Frage kommen.

Das ist das Gesicht ohne Schminke.

Mit Schminke hat es der neue Präsident des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, General a. D. von Stülpnagel, einem französischen Korrespondenten (von „Paris-Midi“) vorgeführt.

## Reichsreform?

1. Die Reichsregierung läßt den ihr nachgesagten Plan, die preußische Regierung als selbständige Regierung zu liquidieren und die preußischen Provinzen direkt dem Reich zu unterstellen, dementieren.

2. Freiherr von Lersner, der neue Verbindungsmann der Reichsregierung bei den süddeutschen Ländern hat am Sonnabend dem württembergischen Staatspräsidenten seinen Antrittsbesuch gemacht.

3. Die Stimmen aus Bayern, wenn sie auch eine Diktatur von Berlin aus ablehnen, rufen doch nach einer Aenderung der Weimarer Verfassung. Schäffer, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, sagte am Sonntag in einer Rede vor dem Bayerisch-patriotischen Bauernverein in Tuntenhäusern: die Weimarer Verfassung sei krank; nur der Reichsrat stünde unberührt in seiner Autorität da. Die Länder (offenbar durch ihre Körperschaft, den Reichsrat) sollten den Weg zu einer vernünftigen Verfassungsreform zeigen, Bayern solle dabei vorangehen. Schäffer möchte den „unseligen Bürokratismus in Berlin“ beseitigt und den Ländern ihre Zuständigkeit zurückgegeben haben.

Dr. Heim, der bayerische Bauernführer, nannte auf derselben Tagung die Weimarer Verfassung die erbärmlichste der ganzen Welt, forderte Beseitigung des Einkammersystems und eine „klare Festlegung der Rechte des Präsidenten“. Heim ist bekanntlich Monarchist und möchte wohl innerhalb der Reichsverfassung die KonzeSSION für eine bayerische Monarchie haben. Bereits vor Monaten hat er sich in diesem Sinne geäußert.

Jedenfalls: in Süddeutschland findet Papon Bestrebungen vor, die er gut für seine Verfassungspläne nutzen kann.

## Am 6. November wird gewählt.

Das Reichskabinet hat am Sonnabend beschlossen, dem Reichspräsidenten den 6. November als Termin für die Neuwahl des Reichstages vorzuschlagen. Das ist der späteste, mit Artikel 25 der Reichsverfassung zu vereinbarende Termin.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages wird seine historischen Studien über den 12. September am Donnerstag beginnen.

Am Mittwoch wird der preußische Landtag tagen. Auf der Tagesordnung steht nicht die Wahl eines Ministerpräsidenten. Einstweilen droht also Papon von hier aus keine Beunruhigung. Lediglich Dinge von geringerer Bedeutung stehen zur Beratung.

## Theodor Plivier contra Külz.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß der Dresdner Oberbürgermeister, der ehemalige deutsche Innenminister Dr. Külz, das Buch von Plivier: „Des Kaisers Kulis“ aus der Dresdner Städtischen Bücherei zurückgezogen habe. Auf diese Kälzerei hin hat nun der Dichter an Herrn Külz einen Brief geschrieben, den wir hier abdrucken. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß wir mit der Antwort Pliviers sehr einverstanden sind. Auch an dieser Stelle möchten wir nicht verfehlen, auf die Schriften des Dichters besonders aufmerksam zu machen, insbesondere auf „des Kaisers Kulis“ und auf den Roman: „Der Kaiser ging, die Generale blieben.“

Herrn Dr. Külz,  
Oberbürgermeister der Stadt Dresden,  
Reichsinnenminister a. D.,

Dresden, Rathaus.

Von der auf Ihre Anordnung veranlaßten Zurückziehung meines Romans „Des Kaisers Kulis“ aus der Dresdner Städtischen Bücherei habe ich Kenntnis genommen. Von dem literarischen Wert eines Buches, das Sie so kurzerhand einer Nachzensur unterzogen, will ich nicht sprechen — darüber hat die Kritik ihr Urteil abgegeben, darüber haben einunddreißig Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Dresdens Sie unterrichtet, darüber hat auch die Presse, die Ihr Tun kritisierte, Sie hinreichend aufgeklärt. Daß der von Ihrem Referenten Dr. Hartnacke angeführten „einen Beschwerde“ über das Buch 40 000 Leser und wenn die Leser von Zeitungsabdrucken und Leihbüchereien eingerechnet werden, mehr als 400 000 Leser gegenüberstehen, will ich nur nebenbei erwähnen.

Aber wenn Sie in der Begründung Ihres Verbotes sagen, „wenn in dem Buche den Marinemeutern ein ehrenvolles Gedächtnisblatt gewidmet wird, so ist das eine ungeheure Infamie gegenüber den Millionen von deutschen Soldaten, die ihre Pflicht bis zum Lebensende getan haben“, so ist dies ein Satz, den ich nicht nur zu korrigieren habe, den ich darüber hinaus auf das Entschiedenste zurückweise. Eine Infamie ist es, auch noch das Gedächtnis an Männer wie Alwin

Köbis und Max Reichpietsch austilgen zu wollen, nachdem es notorisch feststeht, daß sie nicht „gerecht gerichtet“, sondern von der Militärgerichtsbarkeit ermordet worden sind, das Gedächtnis an zwei Männer, die genau wie die von Ihnen erwähnten Millionen deutscher Soldaten ihre Pflicht und noch mehr getan haben. Sie haben nicht nur nach außen, sie haben auch nach innen gekämpft, gegen ein überspanntes System, das jede Menschenwürde niedertrampelte.

Ehrenden namenlosen Soldaten, die gutgläubig und ohne zu fragen in den Tod gehen. Hundertfache Ehre aber Männern wie Köbis und Reichpietsch, denen der Glaube an ein System zerbrochen worden ist, die trotzdem auf ihrem Posten verharrten, die noch vor Richtern, die ihnen die elementarsten Rechte des Untersuchungsgefangenen verweigerten und noch vor den angelegten Gewehren eines Pelotons Landsturmlaute, denen man erst hatte vorlügen müssen, daß die beiden Matrosen U-Bootspläne verraten hätten, aufrecht stehen geblieben sind.

Alwin Köbis und Max Reichpietsch sind als erste Vorkämpfer einer Staatsordnung gefallen, die sich allerdings in dem geplanten Ausmaße nicht hat durchsetzen können und von der heute überhaupt nicht mehr viel übrig ist, von der Sie, Herr Dr. Külz, sich aber zum Reichsinnenminister hochtragen ließen und in deren Rahmen Sie heute noch Oberhaupt einer Stadtgemeinde sind.

Ganz im Gegensatz zu Ihrer Behauptung sind der Heizer Köbis und der Matrose Reichpietsch trotz des an ihnen begangenen Justizmordes lebendige Beispiele dafür, daß ein freies Volk sich letzten Endes nicht willenlos knebeln läßt.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch zu bedenken geben, daß durch Verbote und Zensurmaßnahmen Tatsachen nicht aus der Welt zu schaffen sind. Das Gedächtnis an Köbis und Reichpietsch konnte weder durch eine Rechtsbeugung noch durch die Gewehrhalbe zum Henkersdienst befohlener Soldaten ausgelöscht werden. Durch die heute, 15 Jahre nach ihrem Tode, erhobenen Beschimpfungen wird es nicht einmal angetastet.

In memoriam Alwin Köbis, Heizer auf S. M. S. „Prinzregent Luitpold“, Max Reichpietsch, Obermatrose auf S. M. S. „Friedrich der Große“. Am 25. August 1917 vom Marinekriegsgericht Wilhelmshaven zum Tode verurteilt. Am

5. September 1917 auf dem Schießplatz Wahn im Kgl. Gouvernement Köln von einer Abteilung Landsturmmänner erschossen.

Berlin, den 5. September 1932.

gez. Theodor Plivier.“

## 13 Jahre republikanische Justiz.

So heißt der Titel eines Buches von Kurt Großmann, das der Voco-Verlag in Berlin für 50 Pfennige herausgebracht hat. Eine kleine, aber äußerst anschauliche Sammlung von Urteilen, die republikanische deutsche Gerichte seit 1919 gegen Republikaner, gegen Arbeiter und linke Schriftsteller gefällt haben. Großmann klagt an. Er zeigt den Bruch, der durch die deutsche Rechtsprechung geht, seitdem Richter, die ihrer politischen Ueberzeugung nach Faschisten oder Sympathisierende der Faschisten sind, über Antifaschisten zu Gericht sitzen. Die Broschüre enthält die Aufzählung einer großen Anzahl einseitiger, offensichtlich ungerichteter Urteile gegen Kommunisten, Reichsbannerkameraden und parteilose Angeklagte; eine große Zahl weiterer, ebenfalls einseitiger Urteile, die Nationalsozialisten und sonstige Gegner der Republik begünstigen, folgen. Der zweite Teil der Broschüre enthält die Darstellung einiger Landesverratsprozesse, von denen die Prozesse gegen Felix Fehrenbach, gegen Küster von der „Deutschen Friedensgesellschaft“ und gegen „die Weltbühne“ von ausgesprochen politischer Bedeutung sind. Großmann gibt auch eine Darstellung des Falles Bullerjahn.

Durch die wörtliche Wiedergabe einiger Reichsgerichts-urteile in Landesverratsprozessen ist der zweite Teil der Broschüre juristisch erheblich interessanter als der erste Teil, der chronikartig den Inhalt von rund 100 Einzelurteilen wiedergibt, die in ihrer Zusammenstellung allerdings einen erschütternden Beitrag zur Frage „Klassenjustiz“ liefern. Bei der Lektüre wird klar, welche Bedeutung einer gewissenhaften Berichterstattung über politische Prozesse zukommt — ck.

# Zum Andenken an eine teure Tote.

Vor einem Jahr, am 20. September 1931, verstarb in der City von London die englische Goldwährung, und kurz danach folgten ihr die Goldwährungen verschiedener anderer Länder. Die Tote wurde nicht von vielen beweint. Triumphierend riefen diejenigen, die stets das Gold dafür verantwortlich gemacht haben, daß die Krise wütet und daß Millionen ohne Arbeit sind: Jetzt ist die Bahn frei für den Aufstieg!

Heute, nach einem Jahr, rufen sie das nicht mehr in diesem Zusammenhang. Das Aufgeben der Goldwährung hat eine ganze Anzahl von Folgen gehabt, darunter waren auch angenehme; aber über die Krise hat es England nicht hinweggeholfen! Höher denn je ist die Zahl der Erwerbslosen — und hilfloser denn je stehen die Theoretiker der Arbeiterbewegung da, die von dem Aufgeben der Goldwährung alles erwartet und nichts erhalten haben.

Was die englischen Kapitalisten von dem Experiment erwartet haben, ist bekannt und verständlich: sie wollten durch die Entwertung des Pfundes auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden. Da die Währungen anderer Länder auch entwertet worden sind, da sich auch die Krise weiter verschärft und da überall dem Handel so hohe Schranken entgegengesetzt worden sind, daß sie auch mit einer entwerteten Währung nicht so leicht überbrückt werden können, ist ihnen dies nur in sehr beschränktem Maße gelungen.

Außerdem hofften in England viele Arbeitgeber, daß die Entwertung des Pfundes zu einer starken Preissteigerung im Inland führen würde, daß daher die Reallohne der Arbeiter bei gleichbleibenden Geldlöhnen sinken würden.

Da andere Kapitalistengruppen ein Interesse daran hatten, eine Inflation zu vermeiden, ist es nicht zu jener Preissteigerung gekommen. Allerdings sind inzwischen die Preise in England nicht in dem Maße gesunken, wie das bei Aufrechterhaltung der Goldwährung der Fall gewesen wäre. Immerhin hat sich die Hoffnung vieler Kapitalisten auf reibungslose Lohnsenkungen nicht erfüllt, und sie sind daher wieder zu offenen Lohnsenkungs-Forderungen übergegangen. Daß es so gekommen ist, das heißt: daß die Kapitalisten die Arbeiter nicht hinten herum berauben konnten, ist ein Vorteil für die Arbeiter. Denn so sind die Fronten klar geschieden: die Arbeiter sehen genau, wo ihre Gegner stehen, und sie können gegen sie kämpfen, wie sie es heute in Lancashire tun.

Aber was haben die Arbeiterführer von dem Aufgeben der Goldwährung erwartet? Eine Preissteigerung. Und welchen Vorteil sollte die für die Arbeiter haben? Daß eine Preissteigerung zu einer Verringerung der Reallohne führt, kann doch an sich nicht als Vorteil betrachtet werden! Aber in die Arbeiterbewegung hat sich jene Ansicht eingeschlichen: das Sinken der Preise sei die Ursache der Krise und die Ursache des Preisfalls wiederum liege in der Knappheit an Gold; und daher würde die Krise überwunden werden, wenn nur das Gold ausgeschaltet wäre und die Preise steigen würden.

Wenn jene Arbeiter, die an dieser Theorie bisher festhielten und damit den klaren Blick verloren für den sozialistischen Ausweg aus der Krise, durch die weitere Verschärfung der Krise in diesem Jahr der Papierwährung in England stutzig geworden sind, dann ist die Tote nicht umsonst gestorben. Hilde Meisel.

## Zwei Konservierungsinstitute für Todeskandidaten.

### Bankensanierung Nr. 2.

Wie vorauszusehen, war die Bankensanierung im Frühjahr nur eine Reparatur an der Oberfläche des Wirtschaftskörpers. Weil wichtige innere Teile der Wirtschaft — in diesem Fall vor allem die Schwerindustrie — nicht ebenfalls repariert und auf eine gesunde Grundlage gestellt wurden, sind auch die Banken faul und krank geblieben. Sie besitzen zu viele Forderungen an zahlungsunfähige Unternehmungen, sie haben zu viel Aktienpakete — zum Teil von früher her, zum Teil aus der Umwandlung von Schulden in Aktien bei neuerdings durchgeführten Industriesanierungen —, die sich heute nicht zu Geld machen lassen. Kurz: die Banken sind nicht in der Lage, großen Kreditansprüchen gerecht zu werden, wie man sie bei aufsteigender Konjunktur erwartet. Um nun die Banken flüssig zu machen, ohne dabei die industriellen Todeskandidaten zu begraben, sollen zwei Institute gegründet werden zur Konservierung solcher Todeskandidaten.

Eines dieser Institute, die Amortisationskasse, wird den Zweck haben, nicht ganz faule, aber doch zur Zeit nicht eintreibbare Forderungen der Banken zu übernehmen. Man rechnet zunächst mit 800 Millionen Markt. Der Plan ist folgender: Die Banken erhalten die Forderungen, die sie an die Amortisationskasse abtreten, von dieser gutgeschrieben und haben den Vorteil, eine günstigere Bilanz präsentieren zu können. Soweit sich die Forderungen, die der Amortisationskasse übertragen werden, als uneinbringlich herausstellen, haben die einbringenden Banken selber dafür aufzukommen, aber nur ratenweise im Laufe vieler Jahre (nach vorliegenden Berichten: im Laufe von 20 bis 25 Jahren).

Das zweite Konservierungsinstitut erhält den Namen: „Industrie-Finanzierungs-A.-G.“ (Ifi) und wird voraussichtlich mit einem Aktienkapital von 30 Millionen Markt ausgestattet, von dem zunächst nur 25 Prozent eingezahlt werden sollen. In einem bestimmten Verhältnis zu den übernommenen Ifi-Aktien (vermutlich im zehnfachen Betrag der Einzahlungen)

dürfen die Banken der Ifi Industrie-Aktien einreichen, die ihnen zum Nennwert gutgeschrieben und mit 4 Prozent verzinst werden, soweit sie 4 und mehr Prozent Dividende einbringen. Bleibt die Dividende unter 4 Prozent, so wird der Anspruch auf Verzinsung entsprechend niedriger. Die Ifi nimmt die Aktien nur, wenn sie ihr gut genug scheinen. Sie erhält das Recht, die Aktien nach einer bestimmten Zeit, voraussichtlich nach 5 bis 7 Jahren, an die Banken zurückzugeben, soweit die Banken die Aktien nicht schon vorher von sich aus zurückgenommen haben. Falls sich vor Ablauf dieser Zeit herausstellt, daß die Aktien schlecht sind, darf die Ifi sie früher zurückgeben.

Nach bisher vorliegenden Berichten dürfen die beiden Institute an geldbedürftige Banken Wechsel bis zu etwa 60—75 Prozent der eingebrachten Aktien und Forderungen ausstellen. Die Wechsel sollen von der Akzeptbank unterzeichnet und von der Reichsbank rediskontiert werden. Die Akzeptbank steht unter Reichskontrolle; letzten Endes übernimmt also das Reich die Garantie für die Verpflichtungen, die die beiden Konservierungsinstitute eingehen.

Der Sinn des Unternehmens ist klar: Die Kapitalisten nehmen gewissermaßen gute Konjunktur auf Vorschuß. Weil niemand den Mut hat, Todeskandidaten sterben zu lassen — jeder hat Angst, er stürbe dann auch — werden die Verluste konserviert, bis die Zeiten besser sind und wieder Gewinne gemacht werden. — Die Kapitalisten disponieren hier über Gewinne, die in den nächsten 25 Jahren gemacht werden. Eine irrsinnige Spekulation! Denn bei Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft ist anzunehmen, daß in den nächsten 25 Jahren wieder Wirtschaftskrisen auftreten. Bei Durchführung des Projekts werden die Kapitalisten also in die nächste Wirtschaftskrise hineingehen, ohne die heutige liquidiert zu haben. Helene Beyer.

## Arbeitslosigkeit in Frankreich nimmt ab.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Erwerbslosen ist im August, besonders seit der Mitte des Monats, zurückgegangen, während im August 1931 diese Zahl durchweg gestiegen ist. Da seit dem vorigen Jahre die Bedingungen, unter denen Erwerbslose in Frankreich Unterstützung beziehen können, gemildert worden sind und da andererseits manche Erwerbslose, die zunächst von ihren Ersparnissen lebten, jetzt auf die Unterstützung angewiesen sind, so ist zu erwarten, daß sich in diesem Jahr prozentual mehr Erwerbslose auf den Arbeitsämtern eintragen lassen als im vorigen Jahr. Trotzdem ist die Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen im Rückgang begriffen. Daraus darf man schließen, daß die Erwerbslosigkeit selber in Frankreich gegenwärtig abnimmt. Insgesamt zählte man am 27. August 264 000 eingeschriebene Erwerbslose gegenüber fast 269 000 am 13. August.

Gegenwärtig gibt es in Frankreich 30 Departements, in denen überhaupt keine Erwerbslosen gemeldet worden sind, gegenüber 26 am Anfang August. Die Zahl der Departements, aus denen eine Abnahme der Erwerbslosigkeit gemeldet wird, betrug am 30. Juli 21 und stieg seitdem ununterbrochen bis auf 32 am 27. August.

Unter den Departements, in denen die Erwerbslosigkeit 3000 oder mehr beträgt, befinden sich einige, in denen die Arbeitslosenziffer auch im August noch eine deutlich steigende Tendenz zeigt. Das sind Loire und Loire Inférieure, in denen sich die Erwerbslosigkeit hauptsächlich auf die Häfen und Werften in St. Etienne und Nantes erstreckt, sowie Haute Vienne, wo die Beschäftigung in der Schuhindustrie und der Porzellanindustrie von Limoges noch immer abnimmt.

Dagegen nimmt die Erwerbslosigkeit ab in den Departements, in denen die Metallindustrie, Elektrizitätsindustrie und das Baugewerbe eine beträchtliche Rolle spielen: Im Department der Seine (also in Paris und Vororten), in Haut Rhin (Oberelsaß), Seine Inférieure, Seine et Oise, Nord. Auch die Textilindustrie zeigt eine geringe Belebung, jedenfalls in Lyon und einigen Städten des Nordens.

Für Paris und seine Vororte liegen Erwerbslosenzahlen nach Berufen getrennt vor. Diesen Zahlen zufolge zeigt sich ein ausgesprochener Rückgang der Erwerbslosigkeit im Baugewerbe, in der Nahrungsmittelindustrie, in der Holzindustrie, sowie unter den im Handel und in den Büros Beschäftigten. Auch aus der Metallindustrie und der elektrischen Industrie wird eine Besserung der Lage gemeldet. Dagegen zeigen Transport, Bekleidungsindustrie und Verarbeitung von Häuten und Fellen sehr schwankende Tendenzen.

Im Ganzen gewinnt man den Eindruck, als wenn der Rückgang der Beschäftigung noch vor allen Dingen in den mit dem Außenhandel in Verbindung stehenden Erwerbszweigen (Hafenarbeit, Bekleidungs- und Lederindustrie in Paris) andauert, während sich die Besserung in erster Linie in den für den heimischen Markt und insbesondere für die Konsumenten produzierenden Industrien (Nahrungsmittelindustrie, Baugewerbe) bemerkbar macht. Wenn sich dies bewahrheiten sollte, so spräche es sehr für die

fortdauernde Krisenfestigkeit der französischen Wirtschaft, die natürlich weit über die Grenzen Frankreichs hinaus ihre Bedeutung haben würde.

Man wird mit großer Aufmerksamkeit die weitere Entwicklung der Erwerbslosigkeit in Frankreich verfolgen müssen. Gerhard Kümleben (Paris).

### USA

**Gläubigerland mit Ausfuhrüberschuß:** Die USA erhielten an Zinsen und Kapitalrückzahlungen 1931 aus Europa 345 Millionen Dollar (ohne 113 Millionen Dollar Kriegsschuldenzahlungen). Gleichzeitig hatten die USA im Warenverkehr mit Europa einen Ausfuhrüberschuß von 547 Millionen Dollar. — Ein Gläubigerland, das sich durch Hochschutzzölle die Einfuhr aus den Schuldnerländern vom Leibe hält, darf nicht erwarten, daß die Schuldner Zinsen und Rückzahlungen in das Gläubigerland übertragen können!

## Reichsbank vor Diskontsenkung

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford	Wechsel-Scheine	Noten-umlauf	Giro-umlauf	Gesamt-Geld-umlauf
7. 9. 1931	1371	400	4	151	3021	4292	434	5967
15. 9. 1931	1372	356	18	164	2869	4250	393	5920
7. 8. 1932	763	131	27	106	3044	3822	334	5866
15. 8. 1932	763	137	25	107	2914	3743	339	5746
7. 9. 1932	768	157	15	104	2952	3699	389	5785
15. 9. 1932	741	145	11	118	2848	3597	413	5614

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben sich insgesamt nicht wesentlich verändert. Die Verringerung des Bestandes an deckungsfähigen Devisen zu Gunsten des Goldbestandes ist auf Goldkäufe der Reichsbank in Amsterdam zurückzuführen.

Die Ausleihungen sind insgesamt um 94 Millionen Mark zurückgegangen, sodaß nunmehr rund 73 Prozent der Ende August neu in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt worden sind. Die Entlastung entspricht der Entwicklung des Reichsbankausweises in den Vormonaten.

Zu Inflationsbesorgnissen bietet also auch der vorliegende Ausweis noch keinen Anlaß. Eine erfreuliche Tatsache angesichts der vielen Möglichkeiten, die zur Kreditausweitung vorhanden sind und zu denen wahrscheinlich in Kürze eine Reihe neuer hinzu kommen wird. Der Verwaltungsrat der BIZ berät am 19. September über die Beseitigung der internationalen Bindungen, die der Reichsbank eine Diskontsenkung unter 5 Prozent verbieten, solange die Noten zu weniger als 40 Prozent gedeckt sind. Wenn dieses Verbot aufgehoben wird, senkt die Reichsbank den Diskont voraussichtlich auf 4 Prozent. Selbst wenn man diese Diskontsenkung für sich genommen gutheißt, so sind doch starke Bedenken berechtigt, wenn man gleichzeitig hört, daß den Agrargesellschaften über die Preußenkasse einige 100 Millionen Markt flüssige Mittel zugeführt werden sollen (woher?) und daß der Osthilfe entsprechende Einrichtungen für die Industrie gegründet werden sollen, zur Durchhaltung von Bankrotteuren aller Art. Diesen niedrige Diskontsätze zu gute kommen zu lassen, heißt: Kranke auf Kosten von Gesunden heilen. Das liegt nur im Interesse der herrschenden Klasse. Bey.

### INDIEN

**Japan erobert den Markt:** Im Juni waren von 2 Millionen Pfund Baumwollgarn, die in Bombay an Land kamen, 75 Prozent aus Japan. Bei glänzendem Garn betrug Japans Anteil sogar 97 Prozent.

### HOLLAND

**Zollerhöhung um 50 Prozent?** Nach einem Bericht der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ plant die holländische Regierung eine Heraufsetzung der Zollsätze von 10 auf 15 Prozent.

### KANADA

**Zwischen England und USA:** In Kanada sind 2 Milliarden Dollar englisches und 3,5 Milliarden Dollar amerikanisches Kapital angelegt. — Auch ein Grund dafür, daß Kanada eine gegenüber England selbständige Politik treibt.

### DÄNEMARK

**Überschuß im Etat:** Das Finanzjahr 1931/32 schließt statt mit dem veranschlagten Defizit von 5,3 Millionen Kronen mit einem Haushaltsüberschuß von rund 89 000 Kronen ab, wozu noch 12—15 Millionen Kronen Erbschaftssteuern kommen.

### ITALIEN

**Zinssenkung zur Ankurbelung:** Die Regierung hat mit allen italienischen Kreditbanken ein Abkommen getroffen, durch das Höchstzinssätze von 2½ bis 3 Prozent für Bankeinlagen festgesetzt werden (für langfristige Einlagen 4 Prozent). Die Banken sollen dadurch in die Lage gesetzt werden, der Landwirtschaft und Industrie billige Kredite zu verschaffen. — Es fragt sich nur, ob sie nach der Zinssenkung so viele Einlagen erhalten, wie bisher!

### DEUTSCHLAND

**Sinkende Roheisengewinnung:** Im August wurden 265 000 Tonnen Roheisen gewonnen; im Juli waren es 294 000 Tonnen. Die arbeitstäglige Produktion lag 9 Prozent unter der des Vormonats und 46 Prozent unter der vom August 1931.

**Maschinenindustrie gegen Einfuhrdrosselung:** Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten weist in einem Brief an den Reichskanzler auf die Gefahren hin, die aus der von Großagrariern geforderten Einfuhrdrosselung für die deutsche Industrie-Ausfuhr und damit die Beschäftigung deutscher Arbeiter erwachsen: Mitte 1931 bis Mitte 1932 arbeitete die deutsche Maschinen-Industrie mit nur 13,3 Prozent ihrer Kapazität für den Inlandmarkt, jedoch mit 20 Prozent für den Auslandmarkt. Insgesamt konnte sie ihre Anlagen also zu einem Drittel ausnutzen. Es sei nachgewiesen, daß im gleichen Zeitraum durchschnittlich 8 Millionen Menschen in Deutschland direkt oder indirekt von der Ausfuhr lebten.

**Elbekartell gegen Außenseiter:** In Nr. 215 berichteten wir über die Geschäftserfolge der Außenseiterfirma Böhnke & Mewes, die ihre zwangsweise Anschließung an das Elbekartell einfach nicht beachtete. Der Außenseiter hat einen vorläufig letzten Erfolg vor dem Hamburger Landgericht erzielt: Dort wurde eine Klage des Elbekartells abgelehnt, weil diesem keine Rechtsfähigkeit zukomme. Durch eine neue Verordnung wurde dem Elbekartell Rechtsfähigkeit verliehen. Nun fügt sich der Außenseiter, aber auch nur vorläufig. Er erklärt, die festgesetzten Frachten künftig inhalten zu wollen. Er will aber die Nichtigkeit der Verordnung durch eine Klage gegen das Elbekartell feststellen lassen und gegebenenfalls den Prozeß bis zur höchsten Instanz durchhalten.